

Für eine breite Bewegung gegen den Kahlschlag und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen **Nein zum Plan Hollenstein !**

Das Personal der Notfalldienste in den Spitälern halbieren, Spitäler schliessen, Sozialbeihilfen abschaffen, zwei Berufsfachschulen in Uster schliessen, weitere Kürzungen an der Universität vornehmen, usw. usf.: Der Regierungsrat des Kantons Zürich zeigt sich in seiner Abbauwut immer dreister und verantwortungsloser. Die Politik der Runden Tische, mit der sich die „Linke“ kompromittiert hat, hat Schiffbruch erlitten. Nur durch eine starke, eigenständige Mobilisierung von unten gegen den Kahlschlag und seine Folgen werden die Lohnabhängigen ihre Interessen verteidigen können.

Schon vor dem Parlamentsentscheid zum Steuerfuss hatte der Regierungsrat nämlich folgendes festgehalten (am 8.12.05): „Die Steuerfusserhöhung kann zusätzliche Sanierungsmassnahmen nicht ausschliessen, weil die finanzielle Situation auch bei vollständiger Umsetzung der Sanierungsmassnahmen – eingeschlossen der Steuerfusserhöhung – fragil bleibt.“ „Es muss davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung zumindest eines Teils der aufgeführten Massnahmen unumgänglich sein wird“. Im Klartext heisst das: die Bevölkerung des Kantons Zürich erwarten Abbaurunden ohne Ende. Die Ablehnung der Steuerfuss-Erhöhung um 5% im Kantonsparlament ist nicht die „Ursache“ des 3. Kahlschlagspakets (es wurde ja vorher monatlang im Detail vorbereitet), muss nun aber als Begründung erhalten, um dieses Paket zu rechtfertigen.

Einmal mehr sind es die Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales auf die es die Regierung abgesehen hat. In der stationären Akutversorgung (Spitäler) und in den Psychiatrischen Kliniken soll zum dritten Mal in Folge die „Effizienz“ gesteigert werden. Dabei hat das Personal des Gesundheitswesens die Grenze des Zumutbaren längst überschreiten müssen. Studien beweisen es: Stress und schlechte Arbeitsbedingungen in den Spitälern stellen

hohe Risiken für die Gesundheit der PatientInnen dar. Mit der weiteren Schliessung von Spitälern und psychiatrischen Kliniken und der Halbierung der Notfalldienste würde die flächendeckende Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich demontiert.

Hier einige der 100 Massnahmen, die von den verschiedenen Direktionen ausgearbeitet wurden und nun in diesem dritten „Sparpaket“ zusammengeschnürt wurden:

- ➔ Halbierung des Personals der Notfalldienste (Abbau 95 Millionen)
- ➔ Effizienzsteigerung und Leistungsabbau in der stationären Akutversorgung (Abbau 25,5 Millionen)
- ➔ Reduktion der angebotenen Lehrlings- und Ausbildungsstellen im Gesundheitswesen
- ➔ Schliessung von Spitälern (Abbau 18,5 Millionen)
- ➔ Mehrere Abbaumassnahmen in der Psychiatrie für mindestens 32 Millionen Franken
- ➔ Reduktion der Prämienverbilligung bei der Krankenkasse (Abbau 36 Millionen)
- ➔ Abschaffung der Beihilfen (Abbau 86 Millionen)
- ➔ Reduktion um 2 Wochenstunden in jedem Gymnasium (Abbau 45 Millionen)
- ➔ Kürzung der Pauschale pro Lernende bzw. Studierende um 10% (Schulen im Gesundheitswesen)
- ➔ Aufhebung der Gewerb-

lich-industriellen Berufsschule Uster und Aufhebung der Kaufmännischen Berufsschule Uster (Abbau 7,7 Millionen)

➔ Weniger Geld für Weiterbildungskurse an den Berufsschulen (Abbau 12,1 Millionen)

➔ Kürzungen bei den Universitäten und Fachhochschulen (Abbau 62,1 Millionen).

„Was kümmert und das Volk?“

Über 4'000 Jugendliche (35 Prozent) haben diesen Herbst im Kanton Zürich keine Lehrstelle gefunden. 2'870 von ihnen mussten sich mit einer Zwischenlösung oder einem Praktikum begnügen. 1'180 Jugendliche haben weder eine Lehrstelle noch eine Zwischenlösung gefunden. Für sie hat nach der Schule direkt die Arbeitslosigkeit begonnen. Die „Antwort“ der Zürcher Regierung auf diese Situation... ist die Schliessung der Gewerblich-industriellen und der Kaufmännischen Berufsschule Uster, die Schliessung des Berufsbildungszentrum Amt, Limmat und Dietikon, die Halbierung der kaufmännischen Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung und eine Reduktion der angebotenen Lehrlingsstellen im Gesundheitswesen.

Ausserdem soll die Ausbildungsdauer an den Gymnasien um zwei Stunden pro Woche gekürzt werden und



„Es wird weh tun“... Finanzdirektor Hans Hollenstein fordert die Zerschlagung der Notfalldienste. Er zeigt damit die Verachtung der Herrschenden für die Mehrheit der Bevölkerung. Seine Politik ist untragbar. Er muss zurücktreten!

an den Universitäten und Fachhochschulen nach den 117 Millionen von San04, den 143 Millionen von MH06 weitere 62.1 Millionen Franken abgebaut werden. Mit diesem zusätzlichen Abbauprogramm würden sich die Kürzungen alleine im Bildungsbereich auf 840 Millionen Franken belaufen.

Mit der Abschaffung der Beihilfen wird eine Massnahme wieder aus der Schublade gezogen, die in der ersten Präsentation vom Sanierungsprogramm 2004 (San 04) im Mai 2003 schon einmal enthalten war und

aufgrund des Widerstands der Bevölkerung zurückgezogen werden musste. Und schon am 23. September 2000 hatten sich 56% der Zürcherinnen und Zürcher gegen die Kürzung der Beihilfen entschieden. Nun will der Regierungsrat wieder versuchen ausgerechnet bei den ärmsten BezügerInnen von AHV –und IV zu sparen, welche für ihren Lebensunterhalt nur 1400 Franken monatlich (AHV + Ergänzungsleistungen) zur Verfügung haben und auf die Beihilfe von monatlich rund 200 Franken dringend angewiesen sind.

Nicht vergessen: „MH 06“ kommt auch noch

Der am 22. August veröffentlichte und von allen Parteien (SP, CVP, FDP, SVP, usw.) unterstützte Massnahmenplan Haushaltsgewicht 2006 (MH 06) sieht Kürzungen in der Höhe von 1 Milliarde Franken zwischen 2006 und 2009 vor – davon 621 Millionen durch Leistungsabbau und 382 Millionen dank „Massnahmen im Personalbereich“. Einige Beispiele:

→ Reduktion des Teuerungsausgleichs und des Lohnstufenanstiegs beim Personal der öffentlichen Dienste (382 Millionen Franken sollen „eingespart“, d. h. abgebaut werden)

→ Abbau von 214 Stellen, was etwa 600 Personen den Arbeitsplatz kosten wird.

→ Abbau beim öffentlichen Verkehr (ZVV): Stilllegung von Verkehrsangeboten, Tarifierhöhungen (Abbau: 38 Millionen Franken)

→ Abbau bei der somatischen Akutversorgung in den Spitälern – bsp. weniger Pflege von bettlägerigen Menschen, Angebotsreduktion bei den Allgemeinversicherten (Abbau: 92 Millionen Franken).

→ Kahlschlag bei der Universität und der Zürcher Fachhochschule: Die geplanten Staatsbeiträge an diese beiden Hochschulen sollen um satte 142,8 Millionen gekürzt werden (davon 105,5 an der Uni). Diese Massnahme wird das Angebot und die Betreuungsverhältnisse verschlechtern und den Druck zur Gebührenerhöhung erhöhen!

→ Kahlschlag bei den Berufsfachschulen: 30 Klassen weniger sollen geführt, die Klassengrößen erhöht werden (Abbau: 9 Millionen Franken).

→ Das Fremdsprachenangebot soll restlos aus dem kantonalen Weiterbildungsangebot gekippt werden: 42 Vollzeitstellen respektive 150 Teilzeitstellen werden dadurch abgebaut (Abbau: 11,3 Millionen Franken). „Das entsprechende Angebot wird aus dem Service public-Bereich entlassen. Es gibt genügend private Anbieter“, lautet der regierungsrätliche

Kommentar zu dieser Massnahme, die von der sozialdemokratischen Erziehungsdirektorin Regine Aepli beschlossen wurde. Betroffen werden die „eingesparten“ LehrerInnen, welche entlassen werden und unter Umständen eine massive Lohnsenkung hinnehmen müssen, wenn sie in Privatschulen eine Stelle finden und die BenutzerInnen, die für private Fremdsprachenkurse tief ins Portemonnaie werden greifen müssen.

Abbau von insgesamt 3,8 Milliarden an öffentlichen Leistungen und Löhnen

Die Kahlschlagspakete von 2004 (San 04), August 2005 (MH 06) und Dezember 2005 bringen die Abbausummen im Kanton Zürich auf 3,8 Milliarden innext 5 Jahren (was ungefähr 500 Franken pro Kopf der Bevölkerung pro Jahr entspricht)! 2,8 Milliarden Franken beim Service public und 1 Milliarde Franken bei den Löhnen des kantonalen Personals, wobei diese 1 Milliarde Franken Lohnabbau bereits in Umsetzung begriffen sind.

Das Massnahmenpaket Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH 06) wurde im Voranschlag 2006 und in den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2006-2009 eingearbeitet. Im Unterschied zu allen anderen Parteien (SP inbegriffen) lehnen wir diesen Plan vollständig ab. Wir fordern den bedingungslosen Rückzug sowohl des MH06 wie der neuesten Abbaupläne (vom 8. Dezember) und die Rückgängigmachung aller Abbaumassnahmen der letzten Jahre (San 04 inbegriffen).

Die Beschäftigten brauchen gute Löhne und Arbeitsbedingungen, die BenutzerInnen gute öffentliche Dienste und zwar jetzt – nicht erst nach einer immer wieder in Aussicht gestellten „Sanierung des Staatshaushaltes“.

Wohin geht das „eingesparte“ Geld? In die Taschen der Superreichen!

Seit Jahren wird über „leere Kassen“ gejammert. Gleich-

zeitig verschenkt der Kanton Zürich den hohen Einkommen im Durchschnitt mindestens 800 Millionen Franken pro Jahr seit 1985 (Quelle: Tages-Anzeiger), dank den Steuerfussenkungen und insbesondere den Steuergeschenken an die Reichen und Superreichen.

Ein weiteres Rad an der Steuerkonkurrenzschraube hat vor kurzem der Kanton Obwalden gedreht. Mit einem radikalen Steuerabbauprogramm ist er von einem Kanton mit höchster Steuerbelastung zum Kanton mit der tiefsten Steuerbelastung geworden – für Superreiche und Unternehmen. Ab einem jährlichen Einkommen von 300'000 und einem Vermögen von 5 Millionen Franken beginnt der Steuersatz zu sinken, wird also die Progression zur Degression.

Dabei sind die Kantone im internationalen Steuer- und Standortwettbewerb fast konkurrenzlos. Auf einer Liste mit den steuergünstigsten europäischen Regionen (für Reiche und Unternehmen) liegen 11 Kantone auf den vordersten 12 Plätzen. Die Schweiz liegt im internationalen Vergleich nach Irland an 2. Stelle bei den Unternehmersteuern und an 1. Stelle bei der Einkommenssteuer. Innerhalb der Schweiz liegt der Kanton Zürich an 6. Stelle bezüglich Steuerattraktivität. *„Die Belastung aus Steuern gehört (im Wirtschaftsraum Zürich) zu den tiefsten im internationalen Vergleich. Dies gilt sowohl für Unternehmenssteuern wie auch für die persönlichen Einkommenssteuern. Internationale Hauptsitze und Holdings profitieren von zusätzlichen Steuervorteilen.“* („Standortmarketing Wirtschaftsraum Zürich 2004“ von Crédit Suisse Economic und Policy Consulting).

Wem nützt die Politik der „leeren Kassen“?

Die Politik der „leeren Staatskassen“ dient somit den Interessen der Besitzer der grossen Firmen und Konzerne. Sie ist die Begleitmusik zur tiefgreifenden Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, die momentan in der Arbeitswelt

Die Ziele der Unternehmer und der Regierung sind folgende:

1. Die „Steuerbelastung“ der Kapitaleigentümer soll reduziert werden.

Die Zeche dafür bezahlen die Lohnabhängigen. Der Service public dient dazu, allen Menschen den Zugang zu Dienstleistungen zu garantieren, die für unsere Lebensbedingungen wichtig sind. Zum Beispiel Bildung oder medizinische Versorgung von guter Qualität. Dies ist nur möglich, wenn diese Dienstleistungen unentgeltlich sind (z. B. die Grundschule) oder zumindest deutlich unter ihren Kosten angeboten werden. Die Differenz wird von der Allgemeinheit getragen, d. h. über Steuern finanziert. In diesem Sinne handelt es sich beim Service public um einen Soziallohn, der in erster Linie den Personen mit bescheidenen Einkommen zu Gute kommt.

Steuersenkungen (insbesondere für die Reichen) üben einen starken Druck auf diesen Soziallohn aus. Die Kosten werden zunehmend auf die BenutzerInnen abgewälzt. Die Auswirkungen sind z. B. im Gesundheitsbereich zu sehen: es entsteht eine Zweiklassenmedizin. Dasselbe bereitet *economiesuisse*, der Dachverband der Unternehmer, auch im Bildungswesen vor.

2. Neue Bereiche sollen für den Profit des privaten Kapitals erschlossen werden (bsp. im Kommunikations-, Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitsbereich).

Dazu dient die Privatisierung der rentablen Sektoren, wie die Telekommunikation (Swisscom). Hinzu kommt, dass die Verschlechterung der Leistungen des Service public einen Teil der BenutzerInnen dazu bewegt, sich dem privaten Sektor zuzuwenden (Schulbildung, medizinische Versorgung, usw.). Profitieren werden davon Privatfirmen und (im Gesundheitsbereich) die Eigentümer der Krankenkassen.

3. Die Arbeitsbedingungen und die noch vorhandenen Rechte der Angestellten des öffentlichen Sektors sollen angegriffen werden.

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen im öffentlichen Sektor mit relativ „stabiler“ Beschäftigung und mit letzten Arbeitnehmerrechten (ein gewisser Entlassungsschutz in einigen Kantonen, relativ gute Bedingungen bei der Altersvorsorge) zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen nach unten zu ziehen. Dies zeigt sich gerade an der Politik des Kantons Zürich, der die Löhne der Staatsangestellten kürzt. ■

stattfindet: mehr Arbeitslosigkeit und Druck auf die Löhne, eine immer umfassendere „Flexibilität“ der Arbeit, mehr Stress, usw.

Diese Umwälzung bedeutet eine Veränderung der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit und eine allgemeine Verschlechterung der Kräfteverhältnisse für die Lohnabhängigen, was den besitzenden Klassen in den letzten Jahren einen immensen Reichtum eingebracht hat. Allein zwischen 2002 und 2005 sind die Profite der börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz um satte 328% gestiegen, die durchschnittlichen Reallöhne hingegen praktisch überhaupt nicht (+0,9%; Quelle: Bank Vontobel, Bundesamt für Statistik).

Die „neoliberale“ Wirtschaftspolitik hat der Mehrheit der Bevölkerung in 20 Jahren keine Verbesserung ihrer Situation gebracht, im Gegenteil: sie erweist sich als erfolgreicher „Klassenkampf von oben“. Die „NZZ am Sonntag“ schreibt dazu: „Das beste Jahr aller Zeiten – Die Gewinne der Schweizer Firmen waren noch nie so hoch: Mit 63 Milliarden Reingewinn übertreffen die börsenkotierten Firmen sogar das Boomjahr 2000“ (6.11.05)!

Katastrophale Politik der Runden Tische

Was tun die Verantwortlichen der „linken“ Parteien (SP und Satelliten) in dieser Situation? Sie beteiligen sich aktiv an der Erarbeitung und Umsetzung dieser Politik. Die Mitte-Links-Regierung des Kantons Zürich (2 SP, 1 CVP, 1 Ökoliberale, 2 FDP, 1 SVP) erweist sich als Musterschülerin des Sozialkahlchlags. Der Finanzminister Hans Hollenstein (CVP), der dank der Unterstützung der SP und der Grünen gewählt wurde, geht bei seinen Ab-

bauplänen noch weiter als sein Vorgänger Christoph Huber (SVP). Die 119 „Entlastungsmassnahmen“ des MH06 sind ein Ergebnis des Runden Tisches „Finanzpolitik“, an dem sich alle Fraktionen beteiligt haben. Die SP hat den Lohnabbau „zur Sanierung der Kantonsfinanzen“ als „unumgänglich“ verteidigt (SP-Medienmitteilung vom 13.7.05).

Sogar zu den jetzt drohenden, weiteren Abbaumassnahmen beim Kanton hat die SP geschrieben: „Wenn der Kantonsrat die vom Regierungsrat beantragte Steuererhöhung ablehnt, werden (...) schmerzhaft Einschnitte bei der Bildung, der Gesundheit und dem Sozialen unumgänglich“ (SP-Medienmitteilung vom 8.12.05).

„Linke“ PolitikerInnen, die so etwas behaupten handeln gegen die Interessen der Lohnabhängigen. Die SP sichert die linke Flanke der bürgerlichen Kahlschlagspolitik. Sie hat zusammen mit Regierungsrat Hans Hollenstein (CVP) trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit (!) bewusst das unsägliche Paket der sog. „Opfersymmetrie“ („ja zum Kahlschlag, wenn die Steuern erhöht werden“) eingebracht. Diese Politik hat offensichtlich Schiffbruch erlitten. Anstatt nun die Kahlschlagsmassnahmen abzulehnen (wo ist die angebliche „Opfersymmetrie“ geblieben...?), behauptet die SP, dass sogar zusätzliche, brutale Abbaumassnahmen „unumgänglich“ seien. Die SP versucht so, eine mögliche Mobilisierung der Lohnabhängigen gegen die verantwortungslose und zynische Politik des Regierungsrates und des Kantonsparlamentes zu verhindern.

Abbaumassnahmen sind nicht „unumgänglich“: sie hängen von den sozialen Kräfteverhältnissen ab. Nur eine Mobilisierung von unten kann helfen, diese Kräfteverhältnisse ansatz-

weise zu verändern. Wir schlagen den Gewerkschaften, den Personalverbänden, allen interessierten Kräften und Einzelpersonen vor, in den nächsten Monaten eine möglichst breite, aktive Bewegung gegen die Abbaumassnahmen, mit Beteiligung der Staatsbeschäftigten und der BenutzerInnen, aufzubauen.

Es gibt keine Erfolgsgarantie für Mobilisierungen, aber wenn sich keine Kräfte gegen den Kahlschlag wehren, wird er mit Sicherheit umgesetzt. Wer kämpft kann gewinnen oder verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren. Eine Bewegung von unten wird, wenn sie stark genug ist, die Brutalpläne des Zürcher Regierungsrats delegitimieren und hinwegfegen.

Kämpfen wir gemeinsam gegen den Plan Hollenstein!

Wie weit die Kahlschläger gehen werden, hängt ausschliesslich von sozialen Kräfteverhältnissen ab: je weniger es Opposition von unten, von den Beschäftigten und von der lohnabhängigen Bevölkerung (die BenutzerInnen) geben wird, desto weitgehender wird die Zerstörung des Service public im Kanton Zürich sein. Wenn hingegen eine massive Bewegung gegen den Kürzungswahn und für gute öffentliche Dienste und gute Löhne und Arbeitsbedingungen entsteht, wird die Politik der Demontage in Schwierigkeiten geraten.

Die BenutzerInnen des Service public, die lohnabhängige Bevölkerung und die Lehrlinge, die SchülerInnen, die StudentInnen müssen in einer Mobilisierung einbezogen werden: Auch sie sind betroffen. Es braucht Demonstrationen, Protestpausen, Streiks. Das ist die einzige Sprache, die die Regierenden verstehen.

Wir schlagen allen interessierten Personen und Organisationen vor, in den nächsten Wochen Diskussionen zu führen über wie es weiter gehen soll.

Unserer Ansicht nach sollten ein grosser Mobilisierungstermin im Frühjahr, Kampfmassnahmen in allen betroffenen Sektoren und weitere Aktionen vorbereitet werden. ■

Schluss mit dem Kürzen: Das Geld dort holen, wo es ist! Unser Leben ist wichtiger als ihre Profite!

Unsere Forderungen !

Eine umfassende Alternative zur Politik der leeren Kassen ist notwendig. Dabei dürfen wir aber die Augen vor der Realität nicht verschliessen: gute öffentliche Dienstleistungen lassen sich nur entwickeln und finanzieren, wenn die zunehmende Kontrolle einer kleinen Minderheit von Eigentümern, von Kapitalisten, über die wichtigsten Ressourcen und den Reichtum der Gesellschaft in Frage gestellt wird. Jede wirkliche Veränderung in diese Richtung muss von einer entsprechenden Entwicklung des politischen Bewusstseins und sozialen Mobilisierung begleitet und getragen werden.

Wir schlagen allen interessierten Kräften vor, die folgenden, nötigen Forderungen aufzustellen und zu vertreten:

- Nein zum Budget 2006 der Regierung, das den Kahlschlag festschreibt und legitimiert!
- Kein Lohnabbau, kein Stellenabbau, kein Leistungsabbau bei den öffentlichen Diensten!
- Bedingungsloser Rückzug des Plan Hollenstein (MH 06 plus Zusatzmassnahmen vom Dezember 2005)! Ausserdem muss der Abbau, der auf Grund vom Programm San 04 bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden!

Darüber hinaus fordern wir:

- Mehr Lohn, um die Verluste der letzten Jahre wettzumachen; Mehr Stellen im öffentlichen Dienst statt Stellenabbau; Ausbau und Verbesserung des Service public an die Bevölkerung (bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Kindertagesstätten, im öffentlichen Verkehr, usw.) statt Kahlschlag; Senkung statt Erhöhung der Gebühren der öffentlichen Dienste (bsp. öffentlicher Verkehr, Fremdsprachenkurse, Studiengebühren, usw.); Bessere Betreuungsverhältnisse in den Schulen statt Erhöhung der Klassengrössen; Keine Privatisierung der rentablen Teile des Service public (bsp. Fremdsprachenunterricht). ■



Agenda

Das andere Davos 2006

Widerstand gegen die Globalisierung des Kapitals - Für Alternativen von unten

Armutsbekämpfung - Kampf gegen die Armut oder gegen die Armen?

Internationale Konferenz gegen das WEF

Freitag, 27. Januar 2006

Jugendkulturhaus Dynamo, Wasserwerkstrasse 21, Zürich. Ab 18. Uhr Essen an der Bar und Musik
20 Uhr Beginn der Konferenz www.local.attac.org/zurich

Demonstration gegen das WEF

Samstag, 28. Januar 2006

Mehr Informationen demnächst auf www.bfs-zh.ch

Was will die BFS?

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) wurde im Frühjahr 2002 von AktivistInnen aus allen Landesteilen gegründet: Die BFS ist eine politische Organisation, die gesamtschweizerisch aktiv ist und schwerpunktmässig in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Fribourg, Waadt, Genf, Wallis und Tessin präsent ist.

Wir sind überzeugt, dass diese Gesellschaft, die auf Ungleichheit und Unterdrückung gründet, radikal verändert werden muss. Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Diskriminierung der Frauen, Rassismus und Kriege sind keine fatale "Laune der menschlichen Natur". Sie sind Folge eines Systems, das mit der Trennung der Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine besitzlose, lohnabhängige Mehrheit ("Unternehmer" und "Untermomene") und mit seinem Drang nach Profit immer wieder Konkurrenz, Herrschaft und Gewalt produziert.

Wir wollen durch kollektive Kämpfe das Modell einer anderen Gesellschaft entwickeln. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die wirtschaftliche Produktion die Bedürfnisse der Menschen befriedigt und nicht im Dienste vom Profit stattfindet; In der dank einer wirklichen Demokratie die Mehrheit und nicht wenige Privateigentümer entscheiden über was, wie und für wen produziert wird; In der das Potential, das in der gesellschaftlichen Arbeit, in der Wissenschaft und in der Technik steckt der ganzen Menschheit zu Gute kommt. Wir streben eine Gesellschaft an, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." "Eine andere Welt ist nötig". Deshalb beteiligen wir uns aktiv an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung des Kapitals (bsp. attac, Sozialforen, Aktionen gegen das WEF, usw.) und gegen die imperialistischen Kriege und an der feministischen Bewegung. Wir unterstützen alle Bemühungen, aktiv für die Forderungen, Interessen und Rechte der arbeitenden Menschen und aller Unterdrückten einzutreten. Wir sind in den Gewerkschaften aktiv, wo wir die direkte Aktion der Lohnabhängigen (Mobilisierungen, Streiks usw.) fördern.

Ziel der BFS ist es, dank der kollektiven Aktion das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur Veränderung zu stärken. Die BFS kämpft gegen das europaweite Lohndumping und somit das Bilateralen-Paket der Bosse und des Bundesrates (Pseudo-Personenfreizügigkeit mit zahnlosen "Begleitmassnahmen" plus Schengen). Wir treten ein für offene Grenzen, für Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz (bsp. Kündigungsschutz), für die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen, die in der Schweiz leben und arbeiten und für die internationale Angleichung nach oben aller Lohn- und Sozialstandards. Wir kämpfen gegen Kahlschlag und Bildungsabbau und für den Ausbau des Service public (Öffentlicher Verkehr, Bildung, Gesundheit, usw.).

Die Gründung der BFS und unser Engagement sind somit eine Antwort auf zwei aktuelle Erfordernisse: An allen sozialen Kämpfen teilnehmen, die eine antikapitalistische

Perspektive aufzeigen; Eine revolutionäre, internationalistische Bewegung aufbauen, die mit Bewegungen in anderen Ländern vernetzt ist und die Vorschläge für eine demokratische und sozialistische Alternative entwickelt. Interessiert?

Mach mit bei den SozialistInnen ! ■

Was ist Marxismus ?

„Der moderne Kapitalismus masst sich an, über die Menschen zu herrschen. Der Börsenwert eines Unternehmens steigt um so höher, je mehr Leute entlassen und in ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichtet werden. Ein solches Wirtschaftssystem ist pervers“:

Das behauptet kein utopischer Sozialist aus dem 19. Jahrhundert und auch nicht Marx, sondern Heiner Geissler, ehemaliger Generalsekretär der CDU, in der Stuttgarter Zeitung vom 12.3.2005. Wenn sogar bürgerliche Vertreter auf diese Weise gegen die Folgen der Globalisierung des Kapitals protestieren, dann ist das ein Zeichen dafür, dass für immer mehr Menschen es so nicht weiter gehen kann.

Bist du politisch interessiert und siehst auch du keine gute Zukunft für eine Gesellschaft, die den Profit über alles stellt und Lohnabbau, Arbeitsflexibilisierung, Entlassungen, Sozialkahltschlag, Umweltzerstörung und Kriege im Interesse der Konzernbesitzer (der Irak lässt grüssen) als „Perspektive“ für die Mehrheit anbietet? Wir laden junge Leute ein, die Lust haben, gemeinsam zu lesen, zu diskutieren und zu philosophieren. Du brauchst kein grosses Wissen mitzubringen, sondern den Willen, etwas zu tun! „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“ (aus: K. Marx, Thesen über Feuerbach).

Wir organisieren einen Bildungs- und Diskussionszyklus zur Einführung in den Marxismus. Der Zyklus soll mit aktuellen Beispielen Instrumente für die politische Aktivität geben. Er ist in zwei Veranstaltungsreihen gegliedert, die regelmässig (alternierend) stattfinden:

Kurs „Marxismus heute“ (alle 6 Wochen) mit Referaten zu den wichtigsten Fragestellungen und Konzepten von Marx aus aktueller und historischer Perspektive (und auch gegen die stalinistischen Dogmen): Themenliste im Internet unter www.bfs-zh.ch;

Lesegruppe (alle 2 Wochen): Alex Callinicos, „Die revolutionären Ideen von Karl Marx“, Neuer ISP-Verlag, 2005 (Einstiegslektüre). Das Buch kann bei der Anmeldung zum Zyklus für Fr. 20.- bestellt werden, was einem Rabatt von ca. 20% auf dem normalen Preis entspricht.

Termine jeweils Mittwoch – Lesegruppe (L) von 18.00 bis 20.00 Uhr; Kurs (K) von 19.30 bis 22.00 Uhr: 22. Dezember (L), 11. Januar (L), 25. Januar (L), 8. Februar (K), usw. Interessiert? Der Einstieg ist auch während dem Zyklus möglich. Eine regelmässige Teilnahme wird empfohlen. Wer die Einladungen mit den Ortsangaben und die Unterlagen erhalten möchte, kann sich mit dem untenstehenden Talon anmelden.



**Alle reden von Marx
Wir lesen ihn !**

Mach mit !

- Schickt mir die Einladungen mit Unterlagen zum Bildungszyklus „Was ist Marxismus“
- Ich möchte mehr Informationen über die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)
- Ich möchte bei den Aktivitäten gegen Kahlschlag und Lohnabbau mitmachen

Name und Vorname :

Adresse :

E-mail :

Tel:

Kontakt::

BFS/Debatte, Postfach 8707, 8036 Zürich

info@bfs-zh.ch www.bfs-zh.ch



Bewegung für den Sozialismus

BFS, Postfach 2002, 4001 Basel ; bfs-bs@bluewin.ch

BFS, Postfach 129, 3000 Bern ; bfs-be@bluewin.ch

Unsere Aktivitäten gegen Kahlschlag und Lohnabbau und die Herausgabe von „die Bresche“ kosten Geld. Darum bitten wir Sie/Euch, unsere Arbeiten mit einer Spende zu unterstützen.

**Bitte Spenden auf:
BFS/Debatte Zürich,
PCK 87-65158-5**